

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version
Nur ein Strohfeuer?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1975) : Nur ein Strohfeuer?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 12, pp. 596-597

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134887>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Nur ein Strohfeuer?

Der Wendepunkt der Konjunktur ist schon passiert, und viele haben es noch gar nicht bemerkt. Die vielzitierte Talsohle, das zeigen eindeutig alle dafür bezeichnenden Indikatoren, ist im Sommer erreicht worden. Danach hat ein Anstieg begonnen, der die Wirtschaft bis heute zwar erst ein kleines, aber doch meßbares Stück vom Tiefpunkt hinweggeführt hat.

Wenn dennoch von einem großen Aufatmen in unserem Lande nicht die Rede sein kann, hängt das gewiß nicht nur mit dem verbreiteten Nichterkennen (und teilweise „Nichterkennen wollen“, wie man es besonders bei Verbandsrepräsentanten vermuten muß) der Wende zusammen. Vielmehr spielt dabei natürlich auch die immer noch bedrückende Tiefe des Niveaus der wirtschaftlichen Aktivität in vielen Bereichen eine Rolle. Eine Krankheit ist eben auch dann noch unangenehm, wenn sie vorher noch schwerer war. Um so wichtiger ist es freilich, daß der Patient den „Krankheitsverlauf“ erkennt und damit sehen kann, daß er sich auf dem Wege der Besserung befindet. Denn das kann für den Heilungsprozeß nur förderlich sein; mit „Gesundbeten“ hat dies nicht das mindeste zu tun. Für die gegenwärtige Phase unserer Wirtschaftsentwicklung dürfte dasselbe gelten. Manche Verbands-sprecher sollten darüber einmal nachdenken.

Daß es 1976 einen Anstieg von Produktion und Umsätzen gibt, ist schon aus heutiger Sicht nicht mehr fraglich. Die überraschend große Wirkung der Investitionszulage auf die Auftragsbestände der Investitionsgüterhersteller, ihre Ausstrahlung auf die Zulieferer, die nahezu gleichzeitige Wiederbelebung der Auslandsnachfrage und die Effekte des „Überwinterungsprogramms“ für die Bauwirtschaft bedeuten, daß ein Produktionsanstieg für das nächste Jahr bereits in den Auftragsbüchern vorgezeichnet ist. Fraglich ist etwas ganz anderes, nämlich ob das ein Einmaleffekt ist, der gerade für ein „Strohfeuer 1976“ reicht, oder ob es der Beginn eines nachhaltigen Konjunkturaufschwungs ist. Davon hängt für 1976 ab, ob das reale Bruttosozialprodukt um 3 oder 4 oder gar 5 % zunimmt, ob die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf noch steigt, etwas abnimmt oder gar schon merklich sinkt. Und vor allem: ob das Jahr endet mit dem fatalen Eindruck bereits wieder nachlassenden Schwungs oder mit dem hoffnungsvollen Bild sich verstärkender Aufschwungskräfte. Dies vorauszusagen, ist aus heutiger Sicht sehr viel schwieriger.

Die Zweifel an einem nachhaltigen Aufschwung sind weit verbreitet, und das übrigens nicht nur in unserem Lande. Die alten Zyklusvorstellungen, so heißt es vielfach, gelten heute nicht mehr. Wirkungsmechanismen, die früher eine einmal initiierte Aufwärtsbewegung durch Selbstverstärkung zum Aufschwung, ja zum Boom machten, seien gelähmt. Weshalb? Weil seit der Ölkrise grundsätzlich alles anders sei als früher, weil die Struktur unserer Wirtschaft nicht mehr der Nachfrage entspreche, weil unsere Wirtschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren habe, weil die Investoren entmutigt seien, weil der Staat mit seinem Riesendefizit die Entfaltung der Wirtschaft behindere – dies sind wohl die meist-

genannten Argumente. Prüft man sie näher, was allerdings an dieser Stelle nicht in der wünschenswerten Ausführlichkeit getan werden kann, dann stellt man fest, daß die Vorstellung vom Gewicht einiger dieser Argumente offensichtlich weit übertrieben ist. So zeigt sich, daß die Anpassung an die Folgen der Ölkrise schon weit fortgeschritten ist, daß die Strukturprobleme viel mehr lang- als kurzfristige Bedeutung haben und daß Rechnungen über die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft die geäußerten Befürchtungen für die Masse unserer Exportmärkte nicht bestätigen. Gleichwohl sind andere Vorstellungen verbreitet und tragen zur Verunsicherung der Handelnden bei.

Etwas anders liegen die Dinge bei der Beurteilung der Rolle des Staatsdefizits. Hier handelt es sich nicht allein um einen Stimmungsfaktor – expansive Finanzpolitik wird heute von vielen paradoxerweise mehr als Gefahr denn als Stimulans für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen, worauf auch der Sachverständigenrat jüngst hingewiesen hat –, sondern um ein tatsächliches Risiko. Daß dies schon für 1976 gelten könnte, d. h. daß schon dann die befürchtete Kollision zwischen Kreditnachfrage des Staates und der Unternehmen mit der Folge von Zinsanstieg und Störung der wirtschaftlichen Entfaltung eintritt, ist zwar wenig wahrscheinlich. Unter durchaus plausiblen Annahmen über Kapitalbildung und Kreditnachfrage kann man jedenfalls zu diesem Ergebnis kommen. Doch in der Folgezeit muß die Reduzierung der öffentlichen Defizite auf ein strukturell tragbares Maß energisch vorangetrieben werden. Der Weg dazu ist zwar durch die Beschlüsse der letzten Monate, jedenfalls für den Bund, vorgezeichnet. Aber noch gibt es Unklarheiten über die Durchsetzbarkeit der Mehrwertsteuererhöhung gegen die Opposition, und noch kann man nicht sicher sein, ob die guten Vorsätze eine erhebliche Besserung der wirtschaftlichen Situation überdauern.

Das wichtigste Problem aber ist die Wiederherstellung einer Investitionsneigung, die kurzfristig den nötigen Beitrag zur Nachfragebelebung und Einkommensbildung leistet und längerfristig genügend zusätzliche Arbeitsplätze bereitzustellen gestattet. Kurzfristig hängt die Investitionsneigung sicherlich in allererster Linie von den Gewinnerwartungen ab. Denn latenter Investitionsbedarf ist vorhanden, sind in der Rezession doch zahlreiche Rationalisierungs- und Ersatzprojekte aufgeschoben worden. (Der oft vorgebrachte Hinweis, bei der derzeitigen niedrigen Kapazitätsauslastung könne keine Investitionszunahme erwartet werden, läßt diese gewichtigen Investitionsmotive völlig außer acht.) Die Gewinne werden 1976 merklich ansteigen, dafür sprechen allein schon die sich abzeichnenden mäßigen Lohnabschlüsse bei verstärkt zunehmender Produktivität. Der kurzfristigen Investitionsentwicklung könnte man also sogar dann mit einigem Optimismus entgegensehen, wenn ihre Richtung nicht schon durch die Auftragsbestände determiniert wäre, die im Zusammenhang mit dem Fristablauf für die Investitionszulage erteilt worden sind. Fraglich ist indessen die Dauerhaftigkeit des Anstiegs. Auf längere Sicht sehen sich die Investoren einer ganzen Reihe von Ungewißheiten gegenüber, nicht nur hinsichtlich der Gewinnchancen, sondern auch aller möglichen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

Doch wollte man aus den Ungewißheiten folgern, ein nachhaltiger Aufschwung unserer Wirtschaft sei unwahrscheinlich, so wäre das ein voreiliger Schluß. Investieren hieß immer, Ungewißheiten in Kauf zu nehmen, Risiken einzugehen. Die Risiken sind heute sicherlich größer als etwa vor einem Jahrzehnt. Doch so fundamental ist der Unterschied nicht, wie er oft dargestellt wird. Das ergab schon der Versuch, einige der häufig genannten Argumente auf ihr tatsächliches Gewicht zu prüfen. Niemand kann den Investoren Sicherheit der Erwartung verschaffen. Aber man kann ihre Unsicherheit verringern, z. B. durch eine verstetigte stabilisierungsgerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik und durch klare Zielvorgaben in der Gesellschaftspolitik. Einige hoffnungsvolle Ansätze zur Erfüllung der Forderung nach weniger Unsicherheit der Erwartungen hat es in letzter Zeit gegeben. Es ist zu hoffen, daß sie weiterentwickelt werden. Im übrigen kann man damit rechnen, daß die in Gang kommende Belebung schließlich nicht ohne Rückwirkung auf die allgemeine Grundstimmung bleiben wird. Daher erscheint die Erwartung nicht unberechtigt, daß es auch diesmal wieder selbstverstärkende Kräfte geben wird, die der Aufwärtsbewegung unserer Wirtschaft Nachhaltigkeit verleihen.